



Der Minister

Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

30. September 2017

Seite 1 von 1

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Wirtschaft, Energie,
und Landesplanung
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Georg Fortmeier MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



Aktenzeichen

(bei Antwort bitte angeben)

Telefon 0211 61772-0

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 27. September 2017

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der o.g. Sitzung hatte ich zugesagt, meinen Sprechzettel zu TOP 1 „Einführung in die Wirtschafts- und Energiepolitik sowie die Landesplanung in der 17. Legislaturperiode“ dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Als Anlage übersende ich Ihnen 60 Exemplare mit der Bitte, diese an die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Dienstgebäude und Lieferanschrift:
Berger Allee 25
40213 Düsseldorf

Telefon 0211 61772-0
Telefax 0211 61772-777
poststelle@mwide.nrw.de
www.wirtschaft.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Straßenbahnlinien 706, 708,
709 bis Haltestelle Poststraße

TOP 1
Einführung in die Wirtschafts-, Energie- und Klimaschutzpolitik sowie die Landesplanung
Minister Professor Dr. Andreas Pinkwart
Landtag Nordrhein-Westfalen, 27. September 2017

- es gilt das gesprochene Wort -

Anrede

Ministerpräsident Armin Laschet hat in seiner Regierungserklärung darauf hingewiesen: Die Welt ist im Umbruch. Weltweit, wie auch in Deutschland und Nordrhein-Westfalen, beschäftigen wir uns derzeit mit gewichtigen Themen, es stellen sich große Fragen, es bleiben erhebliche Unsicherheiten. Drei Beispiele:

- Die Digitalisierung verändert fundamental, wie wir wirtschaften und arbeiten. Neue, bis vor wenigen Jahren kaum vorstellbare Technologien schaffen Chancen, sie fordern aber genauso heraus. Jeder Unternehmer ist plötzlich gefragt: ist mein Geschäftsmodell noch zukunftsfähig, wo liegt neues Potential? Und immer mehr Menschen fragen sich: ist mein Arbeitsplatz noch sicher?
- Zweitens: die Energiewende schreitet voran. 2018 endet in Nordrhein-Westfalen nun endgültig der subventionierte Steinkohlenbergbau. Hinzu kommt die Debatte um einen Wandel auch unserer Mobilität, die angesichts der jüngsten Auseinandersetzung um Dieselmotoren und Stickoxide eine neue Dynamik gewinnt. Was bedeutet die Umstellung unserer Energieversorgung, was bedeuten neue Antriebstechniken in unseren Autos für das traditionelle Energieland Nordrhein-Westfalen?
- Drittens: Wovon wir gerade in Deutschland über Jahre profitierten, scheint plötzlich nicht mehr Konsens in der Welt zu sein: Die Globalisierung kommt in Verruf. Mit dem Brexit wagen die Briten nun einen gewaltigen, bis vor kurzem noch unvorstellbaren Schritt, die Politik der USA bleibt unberechenbar. Was Brexit und Trump für die Wirtschaft und die Handelsbeziehungen Nordrhein-Westfalens tatsächlich bedeuten, ist nach wie vor weitestgehend unsicher.

Die Beispiele ließen sich ohne Schwierigkeiten um weitere ergänzen.

Anrede,

eines ist jedoch klar: Nordrhein-Westfalen wird alle Herausforderungen nur meistern können mit einer starken und prosperierenden Wirtschaft, mit Unternehmen und Arbeitnehmern, die zuversichtlich sind und damit der Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen wieder neues Vertrauen schenken.

Wirtschaftliche Lage und strukturelle Herausforderungen

Dabei sind die Ausgangsbedingungen gut in unserem Land. Knapp 18 Millionen Einwohner erwirtschaften ein Bruttoinlandsprodukt von rund 670 Milliarden Euro. Das entspricht einem Anteil von über 21 Prozent an der gesamtdeutschen Wirtschaftsleistung – einen so hohen Wert hat kein anderes deutsches Bundesland aufzuweisen.

Auch innerhalb Europas ist Nordrhein-Westfalen eine der wirtschaftsstärksten Regionen. Das Land erzielt rund 4,5 Prozent des europäischen Bruttoinlandsproduktes. Wäre Nordrhein-Westfalen ein eigenständiger Staat, läge es mit seiner Wirtschaftsleistung auf Platz sieben in der europäischen Union.

Auch konjunkturell läuft es derzeit gut. 2017 geht Deutschland in das fünfte Jahr eines moderaten konjunkturellen Aufschwungs. Der Arbeitsmarkt boomt, die Kapazitäten sind gut ausgelastet, Unternehmen in vielen Branchen melden solide Ergebnisse und positive Aussichten. Im Sommer erreichte der Ifo-Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft in Deutschland ein neues Allzeithoch. Dazu passen die jüngsten Wachstumszahlen: Im zweiten Quartal 2017 wuchs die deutsche Wirtschaft gegenüber dem Vorquartal um 0,6 Prozent, nach einem Wachstum von 0,7 Prozent zwischen Januar und März. Im Jahresvergleich legte das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal preis- und kalenderbereinigt um 2,1 Prozent zu.

Ebenso kann Nordrhein-Westfalen nach der jüngsten Rezession in 2012 wieder solide Wachstumsraten verzeichnen. Nach schwachen Jahren infolge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise zwischen 2009 und 2012 hat sich die nordrhein-westfälische Konjunktur dem Bundestrend wieder deutlich angenähert, ganz aktuell sogar eingeholt:

So ist nach den am Montag veröffentlichten Berechnungen des „Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens im 1. Halbjahr 2017 gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres um preisbereinigt 2,0 Prozent gewachsen. Im Bundesdurchschnitt stieg die wirtschaftliche Leistung ebenfalls um real 2,0 Prozent. Im Bundesländervergleich liegt Nordrhein-Westfalen damit im oberen Mittelfeld auf dem fünften Rang.

Der in den vergangenen Jahren zu beobachtende Rückgang des Wachstumsrückstands Nordrhein-Westfalens gegenüber dem Bund hat sich mit diesen jüngsten Halbjahreszahlen am aktuellen Rand vollständig geschlossen. Die Anzeichen sind damit günstig, dass sich auch im Jahresergebnis 2017 der Aufholprozess zum Bundesdurchschnitt erfolgreich fortsetzt.

Verfügbare Indikatoren weisen darauf hin, dass neben den sich positiv entwickelnden Dienstleistungen jetzt auch wieder von der Industrie insgesamt positive Impulse ausgehen. Die Produktion der nordrhein-westfälischen Industrie entwickelte sich im ersten Halbjahr 2017 sogar leicht besser als im Bundesdurchschnitt.

Ebenso zuversichtlich für ein gutes Jahresergebnis stimmen weitere Indikatoren:

- der für NRW berechnete Ifo-Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft bewegt sich nach wie vor auf einem historisch hohen Niveau.
- Ebenfalls weist eine anhaltend gute Exportentwicklung auf positive Effekte aus der Auslandsnachfrage hin.
- Auch in den Dienstleistungen und im Handel sprechen sowohl Umsatz- als auch Beschäftigungswachstum für eine weiter aufwärts gerichtete Konjunktur im Jahresergebnis.

Trotzdem müssen wir uns bewusst machen: Nach wie vor ist Nordrhein-Westfalen nicht *der* Motor des deutschen Aufschwungs. Nach wie vor wächst die Wirtschaft des Landes über einen längeren Zeitraum gesehen leicht geringer als im bundesdeutschen Vergleich. So wuchs die Wirtschaft des Landes zwischen 2008 und 2016 real nur um 4,5 Prozent, während Deutschland ein Wachstum von 8,2 Prozent verzeichnete. Der jährliche Rückstand betrug im Schnitt 0,5 Prozentpunkte. Das heißt, in den vergangenen Jahren ist Nordrhein-Westfalen hinter seinen Möglichkeiten zurückgeblieben. Besonders deutlich wurde dies im Jahr 2015, als in Nordrhein-Westfalen ein Wachstum von 0,8 Prozent verzeichnet wurde, im Bund war es mit 1,7 Prozent mehr als doppelt so groß.

Die gute Konjunktur sollte uns also nicht blenden. Unsere strukturellen Herausforderungen sind groß.

- Unterdurchschnittliche FuE-Quoten in nahezu allen Sektoren und Branchen, eine über Jahrzehnte hinweg deutlich geringere Investitionsquote als im Bundesschnitt und ernüchternde Venture Capital-Investments sind Ausdruck einer dem Land fehlenden zukunftsweisenden Investitions- und Innovationsdynamik.
- Zu sehr ist die Wirtschaft geprägt von überwiegend reifen Unternehmen. Ihre hohe Effizienz sorgt dafür, dass sie sich erfolgreich am Markt behaupten. Aber viel zu wenig investieren diese Unternehmen in neue Patente, neue Produkte und zukunftsweisende Geschäftsmodelle. Auch der signifikant hohe Anteil energieintensiver Unternehmen und eine starke, überwiegend von konventionellen Energieträgern bestimmte Energiewirtschaft, behindert zunehmend eine prosperierende, sich an den Nachfragetrends der Zukunft orientierende, dynamische Entwicklung.
- Nach wie vor gehört Nordrhein-Westfalen zwar zu den Regionen Europas mit der dichtesten Hochschul- und Forschungslandschaft. Angesichts dieser strukturellen Bedingungen gelingt es dem Land nicht, mit Hilfe von Technologietransfer und Ausgründungen das verfügbare Innovationspotential wirksam zu nutzen. Eine bei weitem nicht hinreichende Patent- und Start-up-Bilanz des Landes zeigt dies eindrücklich. Auch die relativ hohe Zahl von MINT-Absolventen, die nach dem Studium NRW in Richtung Süddeutschland verlassen, kann uns nicht zufrieden stellen.

Mit einfachen Worten lässt sich zusammenfassen: Trotz eines beachtlichen wirtschaftlichen Potentials mit besten Voraussetzungen für Investitionen, Innovationen und Wachstum, gelingt es dem Land bisher nicht hinreichend, diese PS so wirksam wie notwendig auf die Straße zu bringen.

Genau hier setzt die Strategie der NRW-Koalition für die kommenden fünf Jahre für eine starke und neue wirtschaftliche Dynamik an. Es geht darum, die harten wie weichen Faktoren für die Gründung, Ansiedlung und das Wachstum von Unternehmen so zu beeinflussen, dass sich wieder mehr Menschen mutig an der Zukunftsgestaltung und der Bewältigung der Herausforderungen des Landes beteiligen. Das Land muss seine Ressourcen gezielt dort einsetzen, wo sie die höchste Hebelwirkung haben:

- Für beste Bildung und Forschung, exzellente Verkehrs-, Flächen- und Digitalinfrastruktur;
- für einen unkomplizierten Staat, der mit einem effizienten Regelwerk sicherstellt, dass Menschen und Unternehmen ihre Pläne so schnell und rechtssicher wie möglich realisieren können;
- für eine Kultur, die die Menschen dazu einlädt, etwas zu unternehmen statt zu unterlassen;
- für eine Modernisierungsagenda, die Innovation und Digitalisierung gezielt in den Dienst des notwendigen Wandels in den NRW-typischen Industrien stellt.

Bei allen Anstrengungen bleibt unser Leitbild die Soziale Marktwirtschaft. Wie keine andere Wirtschaftsordnung verbindet die Soziale Marktwirtschaft Freiheit mit Verantwortung und fairem Wettbewerb, sie vereint die Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs.

Was die nordrhein-westfälische Wirtschaft jetzt aber braucht, ist einen neuen Aufbruch. Notwendig sind neue Impulse und frischer Wind. Deswegen werden wir die Menschen und Unternehmen von überbordender Bürokratie befreien, Investitionen wieder beflügeln und die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft durch eine forschungs- und gründerfreundliche Innovationspolitik unterstützen.

Entfesselungspaket I

Noch keine 100 Tage im Amt hat die Landesregierung schon die ersten Zeichen gesetzt und einen wichtigen Baustein für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes auf den Weg gebracht: Mit dem Entwurf zum Entfesselungspaket I, dem Artikelgesetz zum Abbau unnötiger und belastender Vorschriften in Nordrhein-Westfalen, wollen wir mehrere Gesetze ändern, weiterentwickeln oder vollständig aufheben. Hier die drei wichtigsten Punkte:

- Das Ladenöffnungsgesetz wird zeitgemäß angepasst, es wird künftig möglich sein, an acht statt an vier Sonntagen zu öffnen. Außerdem erhöhen wir die Rechtssicherheit, damit Kommunen ihre Planungshoheit von den Verwaltungsgerichten zurück erhalten.
- Das Tariftreue- und Vergabegesetz wird auf die notwendigen Regelungen zurückgeführt. Umfangreiche sowie unnötige Belastungen für öffentliche Auftraggeber und deren Auftragnehmer können damit entfallen. Die Vergabeverfahren werden dadurch schlanker, effektiver und weniger bürokratisch. Neben der gesetzlich verankerten Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns und der Einhaltung der Tariftreue ist weiterhin gewährleistet, dass sowohl ökologische als auch soziale Kriterien bei der öffentlichen Auftragsvergabe vollumfänglich Berücksichtigung finden können.
- Die so genannte Hygieneampel wird aufgehoben. Das Gesetz hat seinen eigentlichen Zweck, beim Verbraucher für mehr Transparenz zu sorgen, nicht erreicht. Stattdessen entwickeln wir ein neues Modell, das eine übersichtliche und eindeutige Verbraucherinformation zu Hygiene und Lebensmittelsicherheit gewährleistet, an dem sich die Betriebe auf freiwilliger Basis beteiligen können. Denn wer sich freiwillig in die Karten schauen lässt, hat nichts zu verbergen und bietet damit ganz sicher seinen Kunden einwandfreie, unbedenkliche Produkte an.

Darüber hinaus heben wir den so genannten Spionageerlass auf, der insbesondere den sensiblen Anlagen der Chemieindustrie zu schaffen machte und schließlich wollen wir für eine vollständig digitalisierte und medienbruchfreie Gewerbeanzeige sorgen.

Entfesselungspaket II

Aktuell bereiten wir schon ein zweites Entfesselungspaket vor, das wir voraussichtlich im November der Öffentlichkeit vorstellen werden. Damit werden wir zum einen Verbesserungen und Vereinfachungen beim Gründungsprozess auf den Weg bringen, zum anderen wollen wir bessere Rahmenbedingungen für die erneuerbaren Energien schaffen. Das heißt im Klartext: Mit dem bereits vorgelegten Entwurf des Windenergieerlasses, machen wir einen ersten Schritt zur Verbesserung des Anwohner-, Landschafts- und Naturschutzes beim Bau von Windenergieanlagen. Präzisierungen im Landesentwicklungsplan werden dieses Ziel unterstützen. Wir wollen aber auch prüfen, ob und wie wir die Bedingungen für die Erzeugung von Solarstrom in der Fläche maßvoll verbessern können. Bisher ist dies nur sehr eingeschränkt möglich, andere Bundesländer sind da deutlich weiter. Schließlich wollen wir die Investitionsbedingungen für die Industrie verbessern. Das ist unter anderem unser Beitrag für die Konsolidierung der Stahlbranchen in Nordrhein-Westfalen.

Mittelstandsförderungsgesetz: Clearingstelle als Stimme der Wirtschaft in der Gesetzgebung

Auch an anderer Stelle werden wir mit dem Bürokratieabbau zielgerichtet weiter machen. So evaluieren wir noch in diesem Jahr das Mittelstandsförderungsgesetz in Expertengesprächen mit Vertretern der Dachorganisationen der Kammern, der Wirtschaftsverbände, der Kommunen und der Gewerkschaften. Die Clearing-Stelle wollen wir weiterentwickeln zu einer „Stimme der Wirtschaft“, um ihre Interessen frühzeitig in alle mittelstandsrelevanten Gesetzgebungsverfahren einzubringen. Schließlich stellt sich die Frage, wie ein Normenkontrollrat diese Arbeit ergänzen kann.

Schwerpunkte der Wirtschafts-, Energie- und Klimaschutzpolitik sowie der Landesplanung

Wir wollen eine Neuorientierung auf vielen Feldern. Den Aufbruch wollen wir mit folgenden Schwerpunkten erreichen:

1. Wir setzen auf das Potential von **Gründerinnen und Gründern**
2. Wir unterstützen die notwendige **Transformation der Industrie** und erkennen die **Chancen der Dienstleistungen**
3. Mit einer intelligenten **Energie- und Klimaschutzpolitik** setzen wir Impulse für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit
4. Wir fördern die **Außenwirtschaft** und unterstützen die globale Integration unserer Unternehmen
5. Wir behalten **regionale Entwicklungen** im Blick und entwickeln die **Landesplanung**

Digitalisierung und Innovation

Es geht mir darum, dass die **Digitalisierung** von Wirtschaft und Gesellschaft nicht lediglich ein Schlagwort bleibt. Wir alle haben mittlerweile begriffen, worum es geht und was auf dem Spiel steht, wenn wir von einer zunehmenden digitalen Vernetzung, künstlicher Intelligenz und Industrie 4.0 sprechen. Doch über die Digitalisierung lediglich zu reden, nutzt wenig, jetzt heißt es endlich handeln. Wenn die Welt sich fundamental wandelt, ist es allerhöchste Zeit, dass auch die Politik sich endlich ändert.

Ziel der neuen Landesregierung ist es, dass Nordrhein-Westfalen die Chancen der Digitalisierung konsequent nutzt. Hierzu werden wir eine umfassende Digitalstrategie entwickeln. Die wesentlichen Eckpfeiler sind: Ausbau der digitalen Infrastruktur, Förderung der digitalen Wirtschaft und Forcierung der digitalen Verwaltung.

Soweit dazu an dieser Stelle. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass ich weitere Ausführungen zu diesen Themen dem Ausschuss für Digitalisierung und Innovation vorbehalten möchte. Selbstverständlich werden auch diese Ausführungen zu Protokoll gegeben, so dass die Mitglieder beider Ausschüsse die Chance bekommen, sich damit auseinander zu setzen.

Neue Herausforderungen für die Industriepolitik

Wir sehen in neuen Formen der Mobilität eine der wichtigsten Herausforderungen für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen. Wir sehen darin aber auch die Chance, dein modernes und innovatives Bild unseres zu zeichnen. Mobil zu sein, ist wichtiger Bestandteil unserer Wirtschaft, aber auch unseres privaten Lebens. Wir wollen Mobilität in Nordrhein-Westfalen intelligenter, digitaler und klimafreundlicher gestalten. Hier entstehen Geschäftsmodelle, die wir für klimaschonende Mobilität in unseren Städten brauchen.

Die Landesregierung arbeitet mit Partnern aus der Industrie, den Hochschulen und Universitäten und Forschungseinrichtungen an neuen Formen einer innovativen und klimafreundlichen Mobilität. Beispiele aus der Fahrzeugentwicklung und -produktion sind die Streetscooter GmbH oder Ladeinfrastrukturhersteller wie die Mennekes GmbH.

Mit mehr als 1.600 öffentlich zugänglichen Ladepunkten existiert in NRW das größte Ladenetz in Deutschland. Mehr als 5.300 Elektro-Pkw fahren über die Straßen unseres Landes. Rechtzeitig zum Markthochlauf ist NRW mit einer Vielzahl an Möglichkeiten für neue Märkte und Anwendungen zur Stelle.

Wir werden den Hochlauf der Elektromobilität in Nordrhein-Westfalen schaffen und unser Land zu einem führenden Standort der Elektromobilität weiterentwickeln.

Kernziele des Masterplans Elektromobilität mit dem Zielhorizont 2020 sind:

- Schaffung elektromobilitätsfreundlicher ordnungspolitischer Rahmenbedingungen (Baurecht, Ansiedlungen etc.).
- Unterstützung des Aufbaus einer adäquaten Ladeinfrastruktur bis 2020
- Ausbau der Elektrifizierung der Landesflotte – 20% bis 2020.

- Anzahl der E-Fahrzeuge in privater und gewerblicher Hand bis 2020 erhöhen (analog Bundesplanung).
- Demonstrationsregion NRW (aufbauend auf Modellregion NRW).
- Forschung & Entwicklung u.a. durch Förderwettbewerbe vorantreiben.
- Vernetzung NRW Akteure durch relevante Veranstaltungsformate, Veröffentlichungen steigern.
- Imagekampagne Elektromobilität NRW als gemeinsame Aktivität von ElektroMobilität NRW und NRW.INVEST.

Ganz konkret machen wir jetzt mit drei Schritten weiter:

1. Im Rahmen eines Sofortprogramms Elektromobilität fördern wir im ersten Schritt den Aufbau von Ladeinfrastruktur für Privatpersonen, Handwerker und Unternehmen. Ich möchte die Elektromobilität in den Alltag der Bürgerinnen und Bürger zu bringen. Damit unterstützen wir beispielsweise private Gebäudeeigentümer dabei, sich eine Wallbox – faktisch einen Stecker für das Elektroauto – in ihrer Garage installieren zu lassen. Aber auch Handwerksbetriebe und andere Unternehmen können sich Ladeinfrastruktur auf ihren Betriebshof aufstellen lassen. Noch diesen Herbst werden wir damit an den Start gehen. Ziel ist es, innerhalb kürzester Zeit die Zahl der Ladepunkte zu verdoppeln.
2. In einem zweiten Schritt fördern wir Kommunen, die über ein abgestimmtes Klimaschutzkonzept verfügen:
 - Mit der Anschaffung von Elektrofahrzeugen und beim Aufbau der erforderlichen Ladeinfrastruktur.
 - Mit Potenzialberatungen, um den Aufwand für die Umstellung des kommunalen Fuhrparks einfacher abschätzen zu können.
3. In einem dritten Schritt ist die Übertragung der Richtlinie des Bundes zur Förderung von Schnellladeinfrastruktur auf NRW geplant. Damit unterstützen wir den Aufbau eines qualitativ hochwertigen, bedarfsgerechten, flächendeckenden und nutzerfreundlichen Netzes an Schnellladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge.

Für das Sofortprogramm wollen wir insgesamt 20 Mio. Euro zur Verfügung stellen. Für den Sonderförderbereich „Emissionsfreie Innenstand“ stehen aktuell zudem 40 Millionen € zur Verfügung, weitere 40 Mio € sind für 2018 geplant.

Chance für eine moderne, innovative Wirtschaft in NRW: Gründerinnen und Gründer unterstützen

Mit unserer Wirtschaftspolitik wollen wir mehr Mut beweisen zu einem schnelleren Wandel der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Gerade angesichts der relativ schwachen Positionierung des Landes in den derzeit besonders starken deutschen Industrien, wird es sich für unser Land als besonders lohnend erweisen, neben inkrementellem Wandel auch Möglichkeiten radikaler Anpassung nutzbar zu machen.

Neue Impulse verspreche ich mir auch von einem neuen Mut für Gründerinnen und Gründer. Gründungen gerade von technologieintensiven Unternehmen bieten ein enormes Potential, um den notwendigen strukturellen Wandel der nordrhein-westfälischen Wirtschaft voran zu treiben.

Gründungsumfrage

Aber vor allem insgesamt wollen wir das Gründen in Nordrhein-Westfalen einfacher, digitaler und schneller machen. Dafür haben wir in einem ersten Schritt junge Unternehmerinnen und Unternehmer und solche, die es werden wollen, online um Anregungen und Kritik gebeten. Sie konnten uns bis Mitte September im Internet ihre Ideen und Vorschläge übermitteln. Wir werden die Rückmeldungen sorgfältig auswerten, um Gründerinnen und Gründer von unnötigen und zu komplizierten Regeln zu befreien. Bereits mit dem ersten Entfesselungspaket haben wir erste Konsequenzen gezogen, viele weitere werden folgen.

Einheitliche Anlaufstellen und Starter-Center

So einfach und gründerfreundlich wie möglich - das gilt auch für die Angebote zur Unterstützung. In Nordrhein-Westfalen sollen kein Gründer und keine Gründerin am Förderdschungel scheitern. Dafür brauchen wir einheitliche erste Anlaufstellen für Gründerinnen und Gründer, in denen alle gründungsrelevanten Schritte und gezielte Beratungsangebote gebündelt werden. Zur Etablierung der First-Stop-Shops werden wir bestehende Strukturen zur Gründungsunterstützung wie die STARTERCENTER NRW weiterentwickeln. Ihr deutschlandweit einmaliges flächendeckendes Netzwerk aus 76 Startercentern steht landesweit bereit, um Gründer und Nachfolger kostenlos und qualitativ hochwertig zu beraten.

Gründerstipendium

Wir werden Gründerinnen und Gründern mit guten Ideen die finanzielle Sicherheit geben, ihre Gründungsidee auch in die Tat umzusetzen. Dafür werden wir schnell ein Gründerstipendium - 1000 mal 1000 Euro monatlich ein Jahr lang - schaffen. Denn ein wesentliches Hemmnis ist das enorme finanzielle Risiko für die Gründerinnen und Gründer. Staatliche Förderangebote werden häufig wegen des hohen bürokratischen Aufwands nicht in Anspruch genommen oder es fehlen Angebote für hochinnovative neue Geschäftsmodelle. Das wollen wir ändern. Wir werden das Gründerstipendium „1000 mal 1000“ gleichermaßen für Gründungsvorhaben mit technischen Produkt- oder Prozessinnovationen oder innovativen Dienstleistungen gewähren und die Förderung so unbürokratisch wie möglich gestalten. Zugleich möchten wir an den jeweiligen Stärken der Regionen ansetzen. Deshalb werden wir alle erfahrenen dezentral agierenden Institutionen wie Inkubatoren, Akzeleratoren, Hubs, Innovationslabore, Technologiezentren oder Gründer-Netzwerke einladen, uns förderungswürdige Gründerinnen und Gründer zu empfehlen und bei der verantwortlichen Vergabe der Stipendien mitzuwirken.

„Gründen“ und „Unternehmertum“ in der Bildung und Ausbildung verankern

Unternehmerisch zu denken und zu handeln sind heute elementare Fähigkeiten im Wirtschaftsleben. Das gilt nicht nur für Gründer und Selbstständige, sondern in einer sich rasch wandelnden Arbeitswelt auch für Angestellte. Je früher junge Menschen

die Chance erhalten, sich als Unternehmer auszuprobieren und ihre Talente zu erkunden, umso mehr profitieren sie für ihre berufliche Zukunft.

Die Landesregierung unterstützt daher Initiativen der Wirtschaft, die Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Studierenden die Themen „Gründen“ und „Unternehmertum“ näherbringen. Dafür wollen wir Unternehmen ermuntern, sich im Rahmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung auch an Schulen zu engagieren. Wir wollen die Kooperation zwischen Schulen und Unternehmen erleichtern, indem wir Akteure zusammenbringen und gute Beispiele der Zusammenarbeit hervorheben.

Die Transformation der Industrie unterstützen

Vergessen dürfen wir aber ebenso nicht unsere bestehenden, teilweise über lange zurück liegende Jahre gewachsenen Unternehmen. Das gilt besonders für jene in der Industrie, die in Nordrhein-Westfalen noch überproportional von Schwer- und Grundstoffproduktionen geprägt sind. Dabei wollen wir jedoch nicht lediglich die alten Strukturen bewahren. Viel stärker wollen wir uns darauf konzentrieren, die Chancen des Neuen zu erkennen und unsere Industrie auf dem Weg in das Zeitalter der Digitalisierung mitzunehmen und ermutigen neue, auch revolutionäre Ansätze zu verfolgen. Zweifelsohne ist das eine Herkulesaufgabe, an der alle in diesem Land gemeinsam mitarbeiten müssen, aber es führt kein Weg daran vorbei: Für die Zukunft des Landes ist es ganz entscheidend, die Transformationsfähigkeit und Innovationskraft der bestehenden industriellen Strukturen zu stärken.

Industriepolitisches Leitbild

Gemeinsam mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und Kammern werden wir dazu die industriepolitischen Leitlinien zu einem Leitbild mit verbindlichen Zielen entwickeln. Wir wollen optimale Rahmenbedingungen für unsere Industrieunternehmen und Investoren herstellen.

Zur Erarbeitung des Leitbildes haben wir bereits erste Gespräche geführt. Wir sind uns einig, das Leitbild gemeinsam zu erarbeiten und im ersten Quartal 2018 vorzulegen.

Branchen gezielt stärken

Wir werden darüber hinaus auch unsere branchenorientierte Arbeit gezielt und maßgeschneidert fortsetzen.

Chemiestandort sichern

Das gilt beispielsweise für die chemische Industrie, die nach wie vor mit einem Umsatzanteil von knapp 13 Prozent am gesamten verarbeitenden Gewerbe hinter dem Maschinenbau die zweitgrößte Industriebranche des Landes ist.

Positiv ist, dass die vergangene Enquete-Kommission im Landtag einen guten Beitrag geleistet hat, das Verständnis für die Bedürfnisse der chemischen Industrie zu stärken. Der Abschlussbericht ist ein ausgewogenes und kluges Werk und hat überparteilichen Konsens herbeigeführt.

Trilaterale Chemiestrategie

Gerade angesichts des Investitionsbooms der USA, China und Saudi-Arabien in der chemischen Industrie stehen wir jetzt vor großen Herausforderungen die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Große Chancen sehen wir einer besseren Verknüpfung und stärkeren Zusammenarbeit Nordrhein-Westfalens mit unseren europäischen Nachbarn.

Gemeinsam mit Flandern und den Niederlanden werden wir daher erstmalig eine trilaterale Strategie zur Stärkung unserer chemischen Industrie Ende September vorstellen. Mit dieser einmaligen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit können wir dazu beitragen, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Chemieindustrie zu verbessern.

Pharmadialog

Neben der chemischen Industrie ist auch die hoch innovative pharmazeutische Industrie ein wichtiger Stabilitätsanker für die nordrhein-westfälische Wirtschaft. Getrieben von erfolgreichen global agierenden Unternehmen ist die Produktion in der nordrhein-westfälischen pharmazeutischen Industrie zuletzt sogar deutlich über dem Bundesschnitt gewachsen.

Um dieses Potential für die Wirtschaft des Landes noch besser auszuschöpfen, wollen wir den Dialog mit Wirtschaft und Gewerkschaften intensivieren. Gemeinsam mit den anderen beteiligten Ministerien der Landesregierung – dem MAGS und dem MKW – wird das MWIDE einen Pharmadialog initiieren.

Ziel ist, eine Strategie zu erarbeiten, wie sich Nordrhein-Westfalen als Standort für die pharmazeutische Industrie weiter stärken lässt. In diesem Dialog soll die gesamte Wertschöpfungskette von der Forschung über die Produktion bis zur Anwendung abgebildet sein.

Und noch ein Punkt ist auch als Signal für die Pharmabranche in Nordrhein-Westfalen wichtig: Gemeinsam mit dem Bund unterstützt die Landesregierung die Bewerbung der Stadt Bonn um die Europäische Arzneimittelagentur (EMA), die aufgrund des Brexits von ihrem bisherigen Standort London verlagert werden muss. Für die Beschäftigten der Agentur bietet die Bundesstadt hervorragende Lebens- und Arbeitsbedingungen. Für den Wirtschafts-Standort NRW wäre die Ansiedlung der EMA ganz sicher ein großer Gewinn.

Die pharmazeutische Industrie und die chemische Industrie seien hier nur exemplarisch genannt. Auch den Maschinenbau, die Fahrzeugindustrie, die Elektroindustrie und die übrigen Branchen wird die Landesregierung weiter auf dem Weg der erfolgreichen Transformation gezielt unterstützen und ein offenes Ohr für deren teilweise sehr spezifischen Belange haben.

Dienstleistungen

Verstärkt wollen wir auch die Dienstleistungen in den Blick unserer Politik nehmen. Schließlich ist die Geschichte der Dienstleistungen eine Erfolgsgeschichte für dieses Land. Deren Bruttowertschöpfung stieg seit 2000 preisbereinigt um starke und sogar leicht über dem Bundesschnitt liegende 23,2 Prozent. In kaum einem anderen Bundesland ist der Wandel hin zu einer dienstleistungsdominierten Wirtschaft so präsent wie in Nordrhein-Westfalen.

Mit Abstand die größten Wachstumsraten hat deutschlandweit die für Nordrhein-Westfalen wichtige Informations- und Telekommunikationsbranche zu verzeichnen.

Ihr zugehörig sind die maßgeblichen Treiber des digitalen Wandels, darunter Programmierung, Webportal-Services und Plattformangebote und Leistungen zur Datenverarbeitung. Die Bruttowertschöpfung in dieser Branche wuchs in Nordrhein-Westfalen zwischen 2000 und 2015 um herausragende knapp 93 Prozent. Zuletzt ist in dieser Branche sogar ein leicht höheres Wachstum in Nordrhein-Westfalen als in Gesamtdeutschland zu verzeichnen.

Handel und E-Commerce

Im Handel beobachten wir seit geraumer Zeit durchschlagende Veränderungen, insbesondere auf Grund neuer digitaler Technologien. Wer hätte vor 10 Jahren noch gedacht, dass nahezu jeder Einkauf heute immer und überall von einem Smartphone aus erledigt werden kann?

Nach einer neuesten Umfrage der Bitkom sehen zwar 2/3 der Händler die Digitalisierung als Chance und nicht als Bedrohung. Dennoch gibt es noch viel Nachholbedarf, beispielsweise haben 11 Prozent der Händler heute immer noch keine Homepage.

Dafür brauchen der Handel, die Städte und die Wirtschaft eine neue Aufbruchsstimmung. Die Zukunft aus unserer Sicht: eine Symbiose zwischen Offline- und Online-Handel. Der stationäre Handel wird genauso wenig aussterben wie unsere Innenstädte. Nicht zuletzt mit dem Ladenöffnungsgesetz in der jetzt vorgelegten Fassung wollen wir starke Impulse für die Belebung unserer Innenstädte geben.

Kreativwirtschaft

Mit 300.000 Erwerbstätigen und 52.000 Selbstständigen ist auch die Kreativwirtschaft ein wichtiger Jobmotor. Für die kreativen in diesem Land wollen wir weiter Hürden abbauen und faire Wettbewerbsbedingungen für etablierte und neue Geschäftsmodelle schaffen.

Tourismus

Vergessen dürfen wir ebenso nicht, dass der Tourismus ein großer Wirtschaftsfaktor ist in diesem Land. Über 22 Millionen Gäste besuchten im letzten Jahr Nordrhein-Westfalen. Mit 424.000 Erwerbstätigen liegt die Beschäftigungswirkung der Branche

doppelt so hoch wie beispielsweise im Maschinenbau. Auch deswegen nehmen wir diese Branche sehr ernst und entwickeln eine neue Tourismusstrategie.

Handwerk

Zu den Dienstleistungen im weitesten Sinn zählt natürlich abschließend das Handwerk, dem wir ebenso auch weiterhin unsere Aufmerksamkeit in der Wirtschaftspolitik schenken.

Wir haben die Handlungsempfehlungen des Enquete-Berichts „Zukunft von Handwerk und Mittelstand in Nordrhein-Westfalen gestalten“ im Koalitionsvertrag aufgegriffen und wollen sie zur Grundlage unserer Handwerkspolitik der kommenden Jahre machen. Dies gilt insbesondere für die Förderung von Innovation und Digitalisierung im Handwerk und die Gleichwertigkeit von Berufsausbildung und Studium, was auch mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Qualifikation einschließt.

Die Handwerksinitiative 2.0 als Grundlage einer gemeinsamen Entwicklung politischer Maßnahmen mit dem Handwerk wird von der neuen Landesregierung aufgegriffen und weiterentwickelt werden. Hierzu gehören u.a. die Fachkräftesicherung und der Technologietransfer, die Anerkennung des Ehrenamtes und die Stärkung der Designkompetenz im Handwerk.

Mit dem „Handwerksbericht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen“ werden erstmals sämtliche Förderungen und Unterstützungsleistungen des Landes für das Handwerk systematisch erfasst und der Öffentlichkeit transparent gemacht. Wir werden diesen Bericht jährlich fortschreiben.

Berufsbildungsstätten modernisieren und digitalisieren

Gerade für das Handwerk, aber auch für Unternehmen in allen Branchen, wird die sichere Verfügbarkeit gut ausgebildeter Fachkräfte in der Zukunft immer bedeutender. Zugegeben: Die Lösungen, um einem drohenden Fachkräftemangel, entgegen zu wirken, sind nicht immer eindeutig und nicht immer einfach. Wir wollen dennoch in der Landesregierung mit allen beteiligten Ressorts unser Möglichstes tun, um Bildung und Ausbildung auf ein bestes Niveau zu bringen.

Dabei ist die Modernisierung von Einrichtungen der beruflichen Bildung für eine Stärkung der dualen Berufsausbildung und damit für eine Sicherung eines qualifizierten Fachkräfteangebots von größter Bedeutung. Gerade überbetriebliche Bildungsstätten sichern die Ausbildungsfähigkeit von Betrieben. Sie qualifizieren über die einzelbetrieblichen Möglichkeiten hinaus. Ein wichtiger Nebeneffekt ist der Digitalisierungsschub von unten, der dadurch in den Unternehmen angestoßen wird, also gewissermaßen der Wissenstransfer vom Azubi zum Ausbilder und Chef.

Digitalisierungsstrategie für die Bildung und Ausbildung

Mit dem Arbeitsminister, der Schulministerin und der Wissenschaftsministerin vorgeschlagen, werden wir einen Arbeitskreis einrichten, der zum Ziel hat, eine gemeinsame Digitalisierungsstrategie für den Bildungsbereich in NRW, insbesondere

der beruflichen Bildung, zu entwerfen und die vorhandenen Ansätze weiterzuentwickeln.

Energiepolitik und Klimaschutz

Energiewende

Die Energiewende benötigt einen Neustart. Denn die Technologieeinführung der Erneuerbaren Energien (EE) ist abgeschlossen und es gilt nun, einerseits die Chancen insbesondere für die Wirtschaft zu nutzen und andererseits die ineffizienten und zum Teil widersprüchlichen Entwicklungen zu strukturieren und sinnvoll miteinander zu verknüpfen. Es geht längst nicht mehr um einen Konkurrenzkampf zwischen erneuerbaren und konventionellen Energien, sondern um die effiziente Vernetzung eines zunehmend von EE geprägten Gesamtsystems. Auch wenn der Anteil der fossilen Energieerzeugung immer weiter sinkt, werden flexible Kraftwerke als Ergänzung der Erneuerbaren noch so lange gebraucht, bis Stromspeicher, Nachfrageflexibilisierung und intelligente Netze diese Rolle vollständig übernehmen können. Dieses Miteinander muss kostengünstiger und effizienter organisiert werden. Wer gleichzeitig aus der Kernenergie, der Kohlekraft und am besten kurz danach auch noch aus der Gasverstromung aussteigen will, hat den Blick für verantwortliches Regierungshandeln offensichtlich verloren.

Wir müssen die natürlichen Potenziale Deutschlands für die effiziente Nutzung der Wind- und Sonnenenergie nutzen. Windkraftanlagen in windschwachen Regionen machen da zum Beispiel keinen Sinn. Denn neben der geringen Stromausbeute ist auch das oftmals angeführte Argument der besseren Verteilung von Windstromeinspeisung bei flächenhafter Verteilung der Anlagen über Deutschland widerlegt. Zahlreiche Studien belegen, dass selbst unter Einbeziehung unserer europäischen Nachbarstaaten die Einspeisezeitpunkte der Windenergie beinahe identisch sind. Das Argument „Irgendwo weht der Wind immer“ ist für die verhältnismäßig kleine Fläche von Mitteleuropa oder gar Deutschland nicht zutreffend. Somit müssen wir Windenergie dort produzieren, wo der Wind stark weht. Und das ist – von wenigen Ausnahmen abgesehen - eben nicht unbedingt in Nordrhein-Westfalen.

Von zunehmender Bedeutung für die Energiewende ist vor allem die Akzeptanz in der Bevölkerung. Die abstrakte Frage, ob man die Energiewende wichtig und gut findet, beantwortet ein Großteil der Bevölkerung natürlich positiv. Sobald man aber entweder über die Kosten der EEG-Umlage, die notwendige Erweiterung unserer Stromnetze oder die benachbarten Windparks spricht, ergibt sich ein oftmals eher kritisches Meinungsbild. Die Windenergie ist zusammen mit dem Netzausbau eine tragende Säule der Energiewende in Deutschland, das steht außer Frage. Aber im dichtbesiedelten und eher windschwachen Nordrhein-Westfalen sind andere Lösungen gefragt als der mit staatlicher Ordnungsmacht durchgesetzte Windenergieausbau gegen die Interessen der betroffenen Bevölkerung oder des Natur- und des Landschaftsschutzes.

Nordrhein-Westfalen steht für urbane Lösungen zur Energieversorgung und Nutzung. Die intelligente, durch smart grids und leistungsfähige Verteilnetzbetreiber getragene Kombination von Photovoltaik, Blockheizkraftwerken, Fernwärmestrukturen, Batteriespeichern und letztlich Mobilitätskonzepten auf Basis von Elektromobilität

sind die Zukunft unseres Landes. Vervollständigt wird dieses Konzept durch das Repowering bestehender Windparks, den anwohnerfreundlich strukturierten Neubau von Windkraftanlagen, den flexiblen Einsatz effizienter Kraftwerke – vorzugsweise in Kraft-Wärme-Kopplung - und den Übertragungsnetzausbau.

Dabei werden neue digitale Technologien zunehmend dezentrale Erzeugungsanlagen und marktfähige Flexibilitätsangebote bündeln, steuern und vernetzen, um eine effiziente und netzdienliche Synchronisation von Erzeugung, Verbrauch und Infrastrukturen (Netze, Speicher) zu erreichen. Dies setzt voraus, dass neben dem notwendigen Ausbau der Übertragungsnetze auch die Verteilnetze ertüchtigt und ihre Steuerung optimiert wird. Dafür müssen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden zur Modernisierung der Leitungen und für den Einsatz intelligenter technischer Bauteile, wie beispielsweise regelbare Ortsnetztransformatoren oder die intelligente Erfassung des Stromverbrauchs, um eine zeitnahe Information von Stromeinspeisern und größeren Stromverbrauchern zu ermöglichen.

Das Energieland Nordrhein-Westfalen werden wir von einem Stromproduzenten mit hoher Exportquote zu einem Garanten für Versorgungssicherheit für Deutschland und Europa weiterentwickeln. Unser Kraftwerkspark muss aufgrund des Zuwachses an EE mit immer geringeren Strommarktanteilen auskommen, aber dennoch in wind- und sonnenschwachen Zeiten kurzfristig als Ergänzung zur Verfügung stehen. Die von Jahr zu Jahr steigende Anzahl von notwendigen Eingriffen zur Netzstabilisierung belegt die Unverzichtbarkeit dieser Anlagen. Denn auch Versorgungssicherheit ist ein wichtiger Standortfaktor für die Industrie. Und diesen müssen wir besser abbilden, als das derzeit über die Erfassung von Stromausfällen von mehr als drei Minuten geschieht. Denn für unsere im internationalen Wettbewerb stehende, digitalisierte industrielle Wertschöpfungskette sind schon Spannungsschwankungen im Zehntelsekundenbereich von entscheidender Bedeutung und haben zum Teil gravierende Auswirkungen.

Experten gehen davon aus, dass konventionelle Kraftwerke auch im Jahr 2050 noch in einer Größenordnung von etwa der halben Spitzenlast als back-up gebraucht werden. Die notwendigen Kraftwerkskapazitäten werden aber nur vorgehalten, wenn sie auch wirtschaftlich betrieben werden können. Damit diese Kapazitäten weiterhin vorgehalten werden können, müssen die Voraussetzungen für einen technologieoffenen Kapazitätsmarkt als Ergänzung zum Strommarkt geschaffen werden. Nur so lassen sich Anreize für längerfristige Investitionen in gesicherte Leistung setzen, wie zum Beispiel konventionelle Kraftwerke, Kraft-Wärme-Kopplung, Speicher und nicht dargebotsabhängige EE-Anlagen. Versorgungssicherheit muss in einem zusammenwachsenden europäischen Binnenmarkt zukünftig stärker grenzüberschreitend gedacht werden. Allerdings sind dabei die derzeit noch bestehenden Restriktionen u.a. bei den Grenzkuppelstellen zu berücksichtigen.

Zur Technologieeinführung der EE wurden besondere rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen, die den EE überhaupt erst eine Teilnahme am Strommarkt ermöglichten (z.B. Einspeisevorrang, Förderung). Die Mengensteuerung über die regional an den Netzausbau angepassten EE-Ausbaupfade und der wettbewerbliche Ansatz der EE-Ausschreibungsverfahren des EEG 2017 gehen nun in die richtige Richtung, um die Förderung auf das sinnvolle und marktorientierte Maß zu begrenzen.

Aber die Strompreise für die privaten Haushalte und die meisten gewerblichen Endkunden sind in den letzten Jahren massiv angestiegen. Dies ist vorrangig auf die EEG-Umlage zurückzuführen, die 2017 bereits knapp 6,9 ct/kWh beträgt und damit etwa 40 % der staatlichen Lasten auf den Strompreis ausmacht. Damit befinden sich die Strompreise in Deutschland im EU-Vergleich in der Spitzengruppe. Laut BDEW zahlen rund 96 % aller Industrie- und Gewerbebetriebe in Deutschland die volle EEG-Umlage mit entsprechenden Wettbewerbsnachteilen im europäischen Vergleich. Private Haushalte und Gewerbebetriebe müssen deshalb spürbar entlastet werden. Im Sinne einer gerechteren Verteilung sollte die Finanzierung der Altkosten der EEG-Umlage, die mit der Technologieeinführung verbunden waren, über den Bundeshaushalt erfolgen. Mit Auslaufen der zwanzigjährigen Förderung wird sich diese Belastung der Steuerzahler bald abbauen und die Finanzierung der Neuanlagen beträgt nur einen Bruchteil der bisherigen EEG-Umlagekosten, wie auch die aktuellen Auktionierungsergebnisse eindrucksvoll belegen. Ohnehin gehen wir davon aus, dass die effizienten Erneuerbaren Energien im Laufe des nächsten Jahrzehnts durch weitere technologische Fortschritte und wieder ansteigende Strombörsenpreise allmählich ohne Förderung auskommen werden. Damit endet dann auch der unsinnige Subventionswettbewerb der Regionen Deutschlands um den höchsten EEG-Umlageanteil.

Durch eine Senkung der Stromsteuer, die derzeit 2,05 ct/ kWh beträgt und die ihre ursprüngliche beabsichtigte umweltorientierte Lenkungswirkung verloren hat, auf den europarechtlich festgelegten Mindestsatz von 0,01 ct/ kWh können die finanziellen Belastungen insbesondere für die privaten Stromverbraucher weiter reduziert werden.

Wir werden uns in der kommenden Legislaturperiode des Bundes dafür einsetzen, die Systematik der Netzentgelte endlich insgesamt auf den Prüfstand zu stellen und einer umfassenden Neuregelung zuzuführen, um sie den Erfordernissen der Energiewende anzupassen. Die Bundesnetzagentur hatte schon 2015 hierzu einen ausführlichen Bericht vorgelegt, der zahlreiche Themen aufzeigt, deren Überarbeitung dringend erforderlich ist. Auch das Weißbuch „Ein Strommarkt für die Energiewende“ aus Juli 2015 sprach zahlreiche Punkte für eine Neuregelung der Stromnetzentgelte an. Unser Ziel wird es hierbei sein, die Marktintegration der Erneuerbaren Energien voranzutreiben, z.B. durch variable Einspeise-Netzentgelte, die unter dem Gesichtspunkt der Systemdienlichkeit variabel ausgestaltet werden. Denn zukünftig werden auch EE-Anlagen in zunehmendem Maße Systemdienstleistungen zur Frequenz- und Spannungshaltung erbringen müssen. Auch lastseitig können zeitlich variable, engpassorientierte oder an den Strompreis gekoppelte dynamische Netzentgelte Möglichkeiten bieten, eine bessere Synchronisierung von Erzeugung und Verbrauch anzureizen. Wir wollen der Entsolidarisierung der Netzfinanzierung durch Eigenerzeugungsanlagen, die zwar die Netzinfrastruktur als Versorgungssicherheitsgaranten nutzen, aber aufgrund der aktuellen Arbeitspreis-Orientierung kaum einen Beitrag zur Finanzierung der Infrastruktur leisten, durch gerechtere Tarifstrukturen entgegenwirken.

Der erforderliche Netzausbau der Übertragungsnetze hinkt dem Ausbau der EE erheblich hinterher. Angesichts fehlender Übertragungskapazitäten sind tendenziell immer mehr Ausgleichsmaßnahmen notwendig, die erhebliche zusätzliche Netzkosten verursachen. Deshalb muss die Netzinfrastruktur weiterentwickelt und

der Netzausbau schneller vorangetrieben werden. Daher sollte das Bundesbedarfsplangesetz für das Zieljahr 2030 zeitnah aktualisiert werden, ohne den Durchlauf des Netzentwicklungsplanverfahrens bis Ende 2019 abzuwarten. Um den Netzausbau und den Ausbau der EE zu synchronisieren, sollte das Instrument des Netzausbaugesetzes bis mindestens 2025 verlängert und weitere Maßnahmen zur regionalen Steuerung des zukünftigen EE-Ausbaus vorgesehen werden.

Klimaschutz

Neue Energiewelt ist Innovation

Das Energiesystem der Zukunft ist ein wesentlicher Schlüssel für mehr und besseren Klimaschutz. Die Bedeutung der Kohle wird abnehmen und das zukünftige Energiesystem wird vor allem durch intelligente Netze, Speicher und Erneuerbare Energien geprägt.

Große Mengen fluktuierender, erneuerbarer Energien werden unser Energiesystem vor enorme Herausforderungen stellen. Darauf werden wir mit innovativen Flexibilitäts- und Speichertechnologien antworten, denn nur so können wir unseren Stellenwert im europäischen Energieverbund festigen. Die Flexibilitätsanforderungen im zukünftigen Energiesystem werden sehr unterschiedlich sein: Batterie- und Pumpspeicher können kurzfristig die Nachfrage decken, längere Zeiträume werden durch chemische Energiespeicher abgedeckt. Natürlich müssen dafür auch Netzinfrastrukturen ausgebaut und erweitert werden. Ein intelligentes Stromnetz, das „Smart Grid“, wird die Steuerung und Zusammenschaltung dezentraler Erzeugungsanlagen ermöglichen. Es entstehen virtuelle Kraftwerke, die neue Geschäftsmodelle ermöglichen. Statt in Einzellösungen zu denken, wird es an dieser Stelle immer wichtiger, systemisch zu denken und eine integrierte Planung über die verschiedenen Energieträger hinweg zu etablieren. Hier gibt es vielfältige Möglichkeiten für Innovation und Digitalisierung.

Die Landesregierung setzt dazu auf eine technologieoffene Energieforschungsoffensive und ein vom Wettbewerb geprägtes Design des Energiemarktes. Wir werden mit maßgeschneiderten Förderprogrammen Forschung und Innovationen in den Energie-Sektoren unterstützen. Unternehmen werden damit bis zum Markteintritt bei der Entwicklung neuer Produkte unterstützt. Die Zusammenarbeit von Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Verbund mit Unternehmen ist dabei ein wichtiger Innovationstreiber. Dies unterstützen wir intensiv durch entsprechende Leitmarkt- und Klimaschutzwettbewerbe.

Für die kommenden Phasen der Transformation des Energiesystems wird die Kopplung der einzelnen Sektoren Strom, Wärme, Mobilität und Industrie das Schlüsselkonzept für eine weitgehend regenerative Energieversorgung darstellen. Die entstehenden Marktchancen durch „Power-To-X-Technologien“ werden wir für NRW aufgreifen und damit unsere Standortvorteile ausbauen. In der Chemie- und Stahlindustrie kann z.B. Kohlendioxid, das bei der Stahlerzeugung anfällt, unter Verwendung erneuerbarer Energie, Erdöl als Rohstoff in der Chemieindustrie ersetzen. Regenerativ erzeugter Wasserstoff kann die CO₂-freie Basis für Langzeit-Energiespeicherung, synthetische Kraftstoffe und chemische Grundstoffe bilden. Wir wollen daher die wirtschaftlichen und technischen Potentiale der

Wasserstofftechnologie für NRW untersuchen und die Industrie bei ihren Vorhaben unterstützen.

Nordrhein-Westfalen übertrifft Klimaschutzziele

Nordrhein-Westfalen hat seine Treibhausgasemissionen seit 1990 um rund 22% reduziert. Das im Klimaschutzgesetz Nordrhein-Westfalen angelegte Klimaschutzziel von mindestens minus 25 Prozent bis 2020 werden wir absehbar übertreffen. Die nordrhein-westfälische Industrie hat in den letzten Jahren ihre Treibhausgasemissionen in hohem Maße reduziert. Der Sektor Energieumwandlung leistet einen massiven Beitrag zur weiteren Treibhausgasminderung. Der Wärmemarkt bietet weitere große Potenziale im Klimaschutz, ebenso der Verkehrssektor.

Paris

Die Landesregierung bekennt sich mit Nachdruck zum zentralen Ziel des Weltklimaabkommens von Paris, in der Mitte unseres Jahrhunderts weitgehende Treibhausgasneutralität zu erreichen. Als Energie- und Industrieland leistet Nordrhein-Westfalen einen entscheidenden Beitrag, um dieses Ziel zu erreichen. Als bevölkerungsreichstes Bundesland haben wir eine besondere Verantwortung und tragen deshalb auch direkt zur Zielerreichung bei:

Klimaschutzaudit und Klimaschutzdialog

Wir werden die Effizienz- und Wirksamkeit der Klimaschutzmaßnahmen durch ein Klimaschutzaudit erhöhen. Das Klimaschutzaudit soll den Klimaschutzplan NRW, der sich mit seinen vielen einzelnen Maßnahmen derzeit in der Umsetzung befindet, einbeziehen und fortschreiben. Mit einem Klimaschutzdialog werden wir Unternehmen, Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürger noch besser über unsere Unterstützungsmöglichkeiten informieren.

Klimaschutz ist Innovation

Klimaschutz bedeutet, dass wir in der Zukunft manches anders machen: Zuhause, bei der Arbeit und bei den Produkten und Dienstleistungen, die wir nutzen. Damit gestalten wir unsere Zukunft. Klimaschutz ist eine Chance für unsere Wirtschaft, wenn die Unternehmen innovativ vorgehen. Innovative Technologien, Materialien und Anwendungen aus Nordrhein-Westfalen kommen in der ganzen Welt zur Anwendung und sorgen für steigende Energieeffizienz, für den effektiven Einsatz erneuerbarer Energien und neue Mobilität. Wo Innovationen entstehen und Märkte wachsen, wird auch investiert. Die Braunkohle wird auf lange Sicht eine wichtige Grundlage für unsere Energieversorgung sein. Sie eröffnet aber nicht mehr die Wachstumsmärkte, die Nordrhein-Westfalen braucht.

Innovation bringt Wachstum. Der Klimaschutz bietet vielfältige Ansatzpunkte für Innovation, Digitalisierung und Wertschöpfung. Die Energiewende ist keine Revolution, sie ist eine Evolution auf Basis eines bestehenden Systems und kann dazu beitragen, Nordrhein-Westfalen zu modernisieren.

Klimaschutz bedeutet auch: Neue Chancen für die Industrie

Innovative Start-ups gehören zu den Treibern neuern Lösungen im Klimaschutz. Um Impulsgeber in Deutschland zu sein, wird es genauso darauf ankommen, dass die klein- und mittelständischen Unternehmen im Land und die großen Betriebe, das Handwerk ebenso wie die Industrie von den neuen Märkten im Klimaschutz profitieren.

Die energieintensive Industrie gehört zum wirtschaftlichen Rückgrat dieses Landes. Sie braucht im Klimaschutz ein internationales level playing field, das ihre Wettbewerbsfähigkeit stärkt. Der Verband der Industriellen Industrie- und Kraftwirtschaft VIK hat aber in einem aktuellen Papier auch deutlich gemacht: Schlüssel für die mittelfristige Dekarbonisierung der Produktion sind Technologien, die wir zum Teil noch gar nicht kennen, neuartige innovative Verfahren an umstrukturierten Standorten. An dieser Einschätzung sind auch Industrieunternehmen aus Nordrhein-Westfalen beteiligt, denn sie sichern so ihren Standort und ihre Wettbewerbsfähigkeit. Ein ambitionierter Klimaschutz, den Unternehmen schaffen können, ist eine Chance für die Industrie in Nordrhein-Westfalen. Mein Ministerium fördert daher Low Carbon-Technologien in der Industrie. Ich werde die Forschungsförderung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit im Übergang zu einer CO₂-effektiven Produktionswirtschaft weiter stärken.

Energieeffizienz schafft Wachstum und Beschäftigung

Ein weiterer entscheidender Erfolgsfaktor für die Transformation unseres Energiesystems ist Energieeffizienz. Denn mit der zunehmenden Kopplung der Sektoren wie der Elektrifizierung von Verkehr und Wärme wird auch der Strombedarf stark ansteigen [je nach Szenario Verdrei- oder Versechsfachung der derzeitigen Stromproduktion]. Den dafür notwendigen Ausbau von Erneuerbaren Energien und die dafür notwendigen Verteilungs- und Speicherkapazitäten können wir uns volkswirtschaftlich nur mit einer Senkung des Energiebedarfs insgesamt „leisten“. Es gilt daher für uns in NRW, die Rahmenbedingungen so weiterzuentwickeln, dass unter Berücksichtigung der gesamt- und betriebswirtschaftlichen Kosteneffizienz grundsätzlich diejenigen innovativen Technologien zum Einsatz kommen, die mit möglichst wenig erneuerbarem Strom möglichst viele Treibhausgase einsparen. Diese innovativen Ansätze unterstützen wir mit unserem breit aufgestellten Förderinstrumentarium in NRW.

Die Fortschritte in jüngerer Vergangenheit zeigen auf, dass Wirtschaftswachstum bei sinkendem Energieverbrauch möglich ist. Die Energieeffizienzbranche entwickelt sich in den letzten Jahren überdurchschnittlich dynamisch. Das drückt sich auch in der wachsenden Zahl von Neueintritten in den Markt aus, darunter sind viele Start-ups. Wichtige Trends, Digitalisierungsthemen und innovative Geschäftsmodelle werden von jungen Unternehmen vorangetrieben. Diese Entwicklung brauchen unsere produzierenden Unternehmen in NRW. Denn um wettbewerbsfähig zu bleiben, braucht es eine intelligente kostensparende Energiebereitstellung und digitale Lösungen im Rahmen von Industrie 4.0.

Kommunen machen Klimaschutz

Die Kommunen und Kreise in Nordrhein-Westfalen sind ein wichtiger Partner der Landesregierung im Klimaschutz. Sie können zu einer Minderung klimaschädlicher Emissionen beitragen und entlasten gleichzeitig die kommunalen Haushalte— etwa durch energetische Sanierungsmaßnahmen in den eigenen Liegenschaften oder eine Modernisierung von Kläranlagen oder der Straßenbeleuchtung. Sie sind verantwortliche Planungsträger, sind oft über kommunale Stadtwerke Lieferanten von Strom und Wärme und nehmen eine wichtige Vorbildfunktion für die Bürgerinnen und Bürger und die lokale Wirtschaft ein.

Mit dem „Projektaufruf KommunalenKlimaschutz.NRW“ unterstützen wir die Kommunen bei der Umsetzung konkreter Klimaschutzprojekte. Für die Maßnahme stehen insgesamt 100 Mio. Euro zur Verfügung - zum Beispiel für die energetische Sanierung von Schulen, Sportstätten und Rathäusern, für Maßnahmen aus dem Bereich der klimafreundlichen Mobilität oder aus dem Bereich der klimagerechten Stadtentwicklung.

Die großen Resonanz im ersten Aufruf 2017 zeigt den Bedarf und den Willen der Kommunen, sich an der Zukunftsaufgabe Klimaschutz zu beteiligen: 53 Umsetzungsstrategien mit mehr als 700 Maßnahmen und geplanten Gesamtausgaben von über 400 Mio. Euro wurden von den Kommunen vorgeschlagen. Ein großer Erfolg - für 2018 planen wir deshalb einen zweiten Aufruf.

COP 23

Im November 2017 wird die Welt nach Bonn schauen, wenn dort die UN-Klimakonferenz – die COP23 – stattfindet. Hier wird das vor zwei Jahren in Paris vereinbarte Weltklimaabkommen weitere Konkretisierung erfahren. Zu der Konferenz werden insgesamt etwa 20.000 Menschen erwartet, die die Zukunftsaufgabe Klimaschutz weiter diskutieren und verhandeln wollen. Auch die Landesregierung wird im Rahmen der Konferenz einen Blick nach Nordrhein-Westfalen eröffnen und zahlreiche Veranstaltungen durchführen. Wir nutzen die internationale Bühne, um gute Ideen, Innovationen und Projekte aus Nordrhein-Westfalen der Weltgemeinschaft vorzustellen.

Außenwirtschaft stärken, Europäische Verantwortung wahrnehmen

Die von zahlreichen internationalen Organisationen, insbesondere auch von den Vereinten Nationen geprägte, Bundesstadt Bonn ist ein guter Anknüpfungspunkt für unseren Schwerpunkt der Außenwirtschaft. Bonn steht exemplarisch dafür, wie das Land Nordrhein-Westfalen auf eine gute Partnerschaft mit der Welt angewiesen ist, von einem regen Austausch mit der Welt profitiert und gerade seine Internationalität, nicht nur in der Bonn, sondern über alle Städte und Regionen hinweg, ein wichtiges Aushängeschild für das Image des Landes ist.

So sind auch die Unternehmen des Landes wie in kaum einem anderen mit der Weltwirtschaft verflochten. Über Handel und Auslandsinvestitionen profitiert Nordrhein-Westfalen von der Globalisierung. Tragende Säulen der NRW-Wirtschaft wie der Maschinenbau oder die chemische Industrie erzielen einen Großteil ihres Umsatzes im Ausland. Viele Unternehmen des Landes unterhalten

Produktionsstandorte in ihren ausländischen Absatzmärkten und nutzen so durch Optimierung ihrer Wertschöpfungsketten die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung.

Außenwirtschaft ist daher als integraler Bestandteil unserer Wirtschaftspolitik zu verstehen. Sie soll die Unternehmen dabei unterstützen, ihre Position auf den wichtigen Auslandsmärkten zu festigen und neue Absatzpotenziale zu erschließen. Die Digitalisierung verändert die Rahmenbedingungen in kaum einem Handlungsfeld der Wirtschaftspolitik so sehr wie in der Außenwirtschaft, denn sie eröffnet ganz neue Möglichkeiten der Markterschließung und der Kundenkommunikation über große Distanzen hinweg und sie wirkt als Seismograph für die rasanten Entwicklungen in anderen Teilen der Welt und für die Chancen, aber auch die Herausforderungen, die sich aus der Digitalisierung für unsere Unternehmen ergeben.

Auch Startups verbessern ihre Marktchancen erheblich, wenn sie frühzeitig den gesamten Weltmarkt in den Blick nehmen und ihre Geschäftsmodelle darauf ausrichten.

Die Außenwirtschaft möchte ich daher konzeptionell weiterentwickeln. Sie muss die Möglichkeiten der Digitalisierung zur Erschließung neuer Auslandsmärkte, zum Beispiel bei der Suche passender Geschäftspartner im Ausland oder bei der Steuerung und Wartung von Anlagen in fern abgelegenen Teilen der Welt, aktiv und offensiv nutzen. Sie muss den Startups als Zielgruppe viel höheres Gewicht geben. Und sie muss in Ergänzung zu den Ländern, in denen unsere Unternehmen schon gut aufgestellt sind wie in Europa, China oder Nordamerika, auch neue Märkte mit hoher Wirtschaftsdynamik und Zukunftsperspektiven entdecken und erschließen, zum Beispiel in Südostasien oder in Afrika. Dies muss in enger Zusammenarbeit mit den Unternehmen und ihren Organisationen erfolgen.

Diesen Aufgaben müssen sich unsere beiden Außenwirtschaftsorganisationen NRW.International und NRW.INVEST, aber auch alle anderen Organisationen, die auf irgendeine Weise an der Außenwirtschaft des Landes mitwirken, stellen. Hierfür muss ihre Zusammenarbeit deutlich verbessert werden, falls nötig müssen auch Strukturen angepasst werden.

Gegenüber dem Bund und der EU werde ich mich entschieden dafür einsetzen, dass unsere Unternehmen faire und verlässliche Rahmenbedingungen für ihre Auslandsgeschäfte erhalten. Dazu brauchen wir ein Level-Playing-Field, das unseren Unternehmen die gleichen Rechte und Freiheiten in unseren ausländischen Partnerländern gewährt, die diese auch bei uns genießen. Dafür benötigen wir Handelsabkommen wie CETA oder das schon weitgehend durchverhandelte Freihandelsabkommen mit Japan, die – wie bereits das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Südkorea zeigt – den Marktzugang in die Partnerländer spürbar erleichtern.

Wir müssen uns aber auch dafür einsetzen, dass unsere Unternehmen vor Schaden durch den Brexit und durch andere Entwicklungen bewahrt werden, die den freien Handel mit Waren und Dienstleistungen beeinträchtigen können. Im Zusammenhang mit dem Brexit hat die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen ein starkes Interesse daran, die zukünftigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu dem Vereinigten Königreich derart auszugestalten, dass sie dem vollständig integrierten Binnenmarkt

möglichst nahe kommen und nicht durch mehr Bürokratie und Verteuerungen belastet werden. Mein Ministerium leitet den Arbeitskreis der EU-Referenten der Länder, der den Brexit-Prozess im Auftrag der Wirtschaftsministerkonferenz wirtschaftspolitisch begleitet und ein Positionspapier zu den zukünftigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich abstimmt. Nordrhein-Westfalen engagiert sich zudem für Ansiedlungen von Unternehmen aus dem Vereinigten Königreich, was insbesondere – aber nicht ausschließlich – für stark regulierte Branchen interessant sein kann.

Die Struktur- und Kohäsionsfonds müssen – als Instrument zur Bewältigung der Folgen von Globalisierung, Migration, Digitalisierung, Energiewende und anderer Herausforderungen vor Ort – auch in Zukunft allen Regionen innerhalb der EU zugänglich sein und ihnen ermöglichen, ihre jeweiligen Potenziale möglichst gut auszuschöpfen. Dies trägt zur Innovation und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des EU-Wirtschaftsraums insgesamt bei. Das MWIDE setzt sich daher bei der Europäischen Union insbesondere für den EFRE als bedeutendstes Wirtschaftsförderprogramm dafür ein, dass auch in Zukunft alle Regionen, auch in NRW im Rahmen der Kohäsionspolitik Berücksichtigung finden. Dabei werde ich mich für eine noch stärkere thematische Konzentration auf die übergeordneten strategischen Ziele, wie zum Beispiel Beschäftigung, Innovation, Bildung, sozialer Eingliederung sowie Klima und Energie, aussprechen.

EFRE NRW – evaluieren, vereinfachen, weiterentwickeln

So bleibt zunächst jedoch das operationelle Programm EFRE NRW 2014-2020 ein zentrales Instrument zur Stärkung und Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandorts NRW. Wir wollen weiterhin mit diesem Instrument mit einem Volumen von insgesamt 2,42 Mrd. Euro gezielt Wachstum und Beschäftigung fördern und so die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft stellen. Inhaltlich wollen wir dabei deutliche Schwerpunkte auf Digitalisierung, Innovation, KMU, Start-ups und Entrepreneurship setzen.

In den kommenden Monaten steht eine umfassende Evaluierung des laufenden Programms bevor. Diese Erfolgskontrolle der Programmumsetzung wird es erlauben, das aktuelle Programm zu optimieren und das nächste Programm in der Förderperiode ab 2021 noch besser zu gestalten.

Das Wirtschaftsministerium wird durch die Umressortierungen künftig für mehr als 80 Prozent der EFRE-Mittel selbst verantwortlich sein. Auch darin liegen Chancen für eine schnellere und einfachere Abstimmung der Förderung.

INTERREG-Programm

Auch über das europäische INTERREG-Programm werden wir weiterhin die Verantwortung Nordrhein-Westfalens als Partner in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit den Niederlanden und Belgien wahrnehmen. Komplexe Förderverfahren und den oft hohen bürokratischen Aufwand für die Begünstigten wollen wir durch gezielte Vereinfachung, Bündelung von Zuständigkeiten und eine verlässliche Ko-Finanzierung transparent und adressatengerecht gestalten.

Landesplanung und regionale Entwicklung

Mit dem Landesentwicklungsplan wollen wir Anreize zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und für den Erhalt von Wertschöpfungsketten schaffen. Auch die Landesplanung kann und muss einen Beitrag dazu leisten, ausreichende und die richtigen Flächen für die Wirtschaft bereitzustellen. Dabei sollen ländliche Regionen und Ballungsräume gleiche Entwicklungschancen bei der Ausweisung von Wohngebieten und Wirtschaftsflächen erhalten.

Aus diesem Grund beabsichtige ich, den Landesentwicklungsplan in Abstimmung mit meinen Ressortkollegen wachstumsfreundlich anzuwenden und punktuell weiterzuentwickeln.

Der Koalitionsvertrag sieht dabei für den Bereich der Landesplanung u.a. folgende Handlungsschwerpunkte vor:

- eine bedarfsgerechte Ausweisung von Wohngebieten und Wirtschaftsflächen, auch in Gemeinden mit Ortsteilen unter 2000 Einwohnern,
- die Entwicklung von newPark zum TOP-Standort für neue Industrie in Nordrhein-Westfalen,
- die Aufhebung der Unterscheidung von landes- und regionalbedeutsamen Flughäfen,
- bei der Rohstoffgewinnung die Verlängerung der Versorgungszeiträume und Reservezeiträume auf je 25 Jahre und
- die Änderung der Vorgaben zur Windenergie, um die kommunale Planungshoheit zu stärken und die Akzeptanz zu fördern.

In einem ersten Schritt werden wir – soweit dies rechtlich möglich ist - Klarstellungen auf dem Erlassweg, gemeinsam mit allen zuständigen Ressorts, vornehmen. So sind konkretisierende **Erlass**regelungen zu folgenden Themen vorstellbar:

- Wir wollen kommunale und regionale Entscheidungsspielräume bei der Ausweisung von Wohnbau- und Wirtschaftsflächen vergrößern, auch in Gemeinden mit Ortsteilen unter 2.000 Einwohnern. Im Einzelnen:
- Wir werden die LEP-Flächen für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben in den kommenden Jahren ertüchtigen und weiterentwickeln – und damit einen Beitrag zur Gestaltung des Strukturwandels im Ruhrgebiet aber auch des anstehenden Strukturwandels in der IRR zu leisten.
- Wir verlängern die Versorgungszeiträume für die Rohstoffgewinnung.
- Wir gestalten den Strukturwandel in der IRR, der Innovationsregion Rheinisches Revier

Für das Rheinische Braunkohlenrevier werden wir gemeinsam mit den Verantwortlichen vor Ort eine nachhaltige Perspektive entwickeln, um die Wirtschaft und die Kommunen in dem bevorstehenden Strukturwandel zu unterstützen. Aus den traditionellen Stärken sollen Chancen für morgen entwickelt werden. Die

Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region können dabei starke Partner sein.

Dabei werden wir die Arbeit und die Aufgaben der IRR kritisch bewerten, neu fokussieren und so einen wichtigen Beitrag zur vorausschauenden Regionalpolitik leisten.

Punktuelle Änderungen des LEP

Die bisher genannten Punkte erfordern voraussichtlich keine LEP-Änderung. Den LEP wollen wir allerdings punktuell ändern. Ziel ist es dabei, die Änderungen auf möglichst wenige Punkte zu begrenzen, um mit einem zeitlich und inhaltlich kompakten Verfahren den LEP im Sinne des Koalitionsvertrages zu ändern.

Hierzu ist ein Planänderungsverfahren mit Zustimmung des Landtags erforderlich. Da der LEP als Rechtsverordnung erlassen wird und gesetzlich normierte Beteiligungsverfahren zu durchlaufen sind, die sich z.B. schon wegen der Durchführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung, der Erstellung eines Umweltberichtes etc) von einem "normalem" Gesetzgebungsverfahren unterscheiden, werde ich vorschlagen, die vorgesehene LEP-Änderung als eigenständiges Verfahren durchzuführen.

Im Einzelnen:

- Die Nutzung der Windkraft ist für die Umsetzung der Energiewende und der Klimaschutzziele in NRW eine wichtige Voraussetzung. Der Landesentwicklungsplan muss vor diesem Hintergrund wieder mehr Akzeptanz für die Windkraftnutzung fördern. Die Regelungen des Landes im LEP werden daher den Kommunen künftig mehr Verantwortung übertragen, bei der Ansiedlung neuer Anlagen und beim Repowering. Zu konkreten Formulierungen werden wir den Dialog mit den Regionen suchen.
- Wir werden Ziel 2-3 so ändern, dass Betriebserweiterungen mittelständischer, ortsansässiger Betriebe an ihren Standorten erleichtert werden.
- Die bisherige Unterscheidung von landes- und regionalbedeutsamen Flughäfen wird ebenfalls Gegenstand des Änderungsverfahrens sein.

Landesplanungsgesetz prüfen

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass wir das Landesplanungsgesetz daraufhin überprüfen, inwiefern die dort geregelten Verfahren beschleunigt werden können. Punktuelle Änderungen des Gesetzes können im Rahmen der ohnehin erforderlichen Anpassung an das geänderte Raumordnungsgesetz des Bundes erfolgen.“

Unser Ziel ist es, zeitnah mit der Landesplanung eine flexible, zukunftsfähige und auf langfristige Planungssicherheit gerichtete raumordnerische Gesamtkonzeption für das Land vorzulegen, die der Regional- und Bauleitplanung ausreichend Spielräume belässt und gleichzeitig unserer Wirtschaft ihrem Bedarf entsprechend ausreichende Entwicklungsspielräume ermöglicht.

Auch über die Landesplanung hinaus werde ich mich auf Bundesebene für eine Art Bestandsschutz für die Nutzung von Industrieflächen einsetzen, sofern hierfür die Änderung von Bundesrecht erforderlich ist.

Schluss

Mit dieser umfassenden Darstellung meines wirtschaftspolitischen Programms ist deutlich geworden, wie die NRW-Koalition der Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen wieder mehr Gewicht gibt. Ich persönlich weiß sehr genau, dass dies eine große Aufgabe ist, die viel Mut und Zuversicht braucht. Im Wirtschaftsministerium binden wir nun neue Themen zusammen und geben den alten Strukturen neue Impulse der Veränderung.

Ganz in diesem Sinne versteht sich die gesamte NRW-Koalition als Bündnis des Aufbruchs. Sie ist dabei ebenso dem Ausgleich der Interessen verpflichtet. Die Wirtschaftspolitik bleibt dem Modell der Sozialen Marktwirtschaft verpflichtet.

In Zeiten, wie eingangs betont, einer großen Unsicherheit kommt es jetzt ganz entscheidend darauf an, den Menschen in diesem Land eine neue Zuversicht und das Vertrauen zu schenken, dass sie mit eigener Anstrengung Großes erreichen können und wir so auch als Gemeinschaft die Herausforderungen der Zukunft bewältigen. Mit unseren Weichenstellungen sorgen wir endlich für eine neue Dynamik für Investitionen und Innovationen in Nordrhein-Westfalen.